

Die Vollversammlung der IHK Darmstadt beschäftigte sich am 17. Juni 2025 unter anderem mit folgenden Themen:

TOP 2 Neue Bundesregierung: Bewertung des Koalitionsvertrages

Bericht: Robert Lippmann

Robert Lippmann gibt unter anderem mit nachstehenden Folien eine Einschätzung zum Koalitionsvertrag und einzelnen wichtigen Ministern.

Zum Einstieg weist er darauf hin, dass der Vertrag von der Wirtschaft eher verhalten aufgenommen worden sei, dies spiegele sich auch in der jüngsten Konjunkturumfrage der IHK Darmstadt wider. Persönlich vermisse er eine Zielkaskade. Für die deutsche Wirtschaft erwartet Robert Lippmann, dass die Talsohle im dritten Quartal erreicht sei. Man sehe eine latente Stimmungsaufhellung.

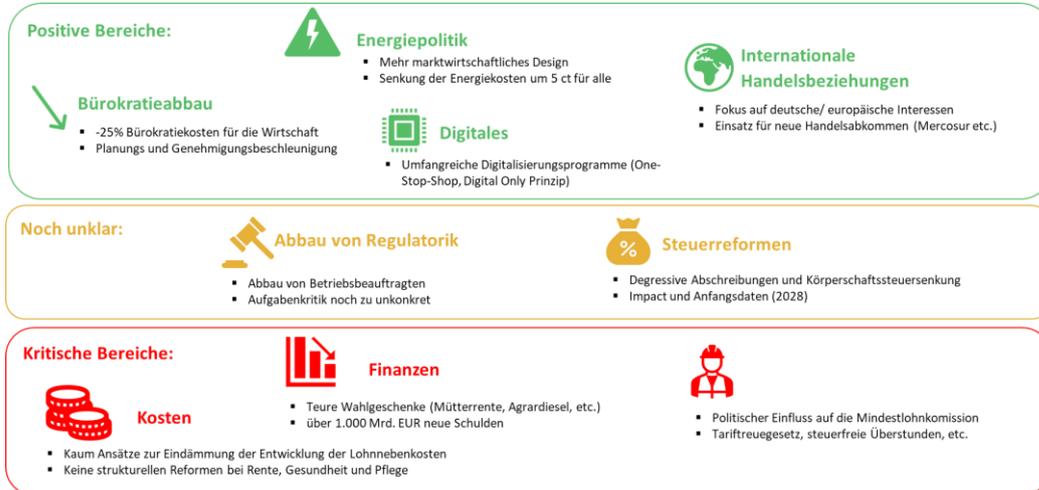
Die Region Südhessen sei in der Person von Dr. Michael Meister als Staatsminister für Bund-Länder-Zusammenarbeit im Bundeskanzleramt vertreten. Angesichts der Rolle der hessischen CDU habe man sich mehr erhofft.

Der Erfolg der politischen Arbeit der IHK-Organisation lasse sich in Details im Vertrag erkennen. Explizit auch daran, was nicht niedergeschrieben wurde. So sei es gelungen, eine Ausbildungumlage für Unternehmen zu verhindern.

Der neue Koalitionsvertrag – eine Einordnung 



Der neue Koalitionsvertrag – eine Einordnung



8

Matthias Martiné verweist im Anschluss an das 100-Tage-Programm der DIHK für die Bundesregierung, mit dem man auch in politische Gespräche gegangen sei. Er habe den Eindruck, dass die wirtschaftliche Situation, gekennzeichnet durch geringe Investitionen, Kapitalabfluss ins Ausland und erste negative Beschäftigungseffekte, nun endlich in der politischen Wahrnehmung vorne angekommen sei.

Das erwähnte 100-Tage-Programm finden Sie auf der [Homepage der DIHK](#).

Information: Robert Lippmann, Hauptgeschäftsführer, Telefon: 06151 871-1203, [E-Mail](#)

TOP 3 Aktuelles aus der IHK-Arbeit

Bericht: Robert Lippmann

Sperrung „Zeller“-Brücke B45:

Die marode Brücke wurde Ende April für den gesamten Verkehr sowie den darunter verlaufenden Bahnverkehr gesperrt. Nötige Umfahrungen für Unternehmen und Mitarbeitende dauern zwischen 20 und 45 Minuten Umweg – mit entsprechenden Kosten. Kunden bleiben teilweise ganz fern (Einbußen für Tourismus, Gastronomie und Einzelhandel). Eine Umfrage der IHK bei betroffenen Unternehmen ergaben wöchentliche Umsatzeinbußen von 1.000 bis zu 20.000 Euro die Woche.

In der politischen Arbeit mit Entscheidungsträgern des Landkreises, Hessen Mobil und dem Ministerium fordere die IHK Entbürokratisierung und Planungsbeschleunigung für einen Neubau. Die Brücke solle im August gesprengt werden, was zumindest den Bahnverkehr wieder ermögliche. Man hoffe, dass in zwei Jahren ein Neubau umgesetzt sei und man daraus auch für weitere anstehende Infrastrukturprojekte lerne. Man sei im „Schulterschluss“ mit Vertretern der Region.



Berufsschulentwicklungsplan:

Robert Lippmann berichtet von den Bemühungen der IHK Darmstadt rund um eine zukunftsfähige Entwicklung der Berufsschulstandorte der Region. Durch rückgängige Ausbildungszahlen und dadurch kleinere Klassen, Sanierungsstau an Berufsschulen und Lehrermangel herrsche ein hoher Veränderungsdruck. Landkreise und die Stadt Darmstadt hätten Gestaltungsmöglichkeiten zur gemeinsamen Entwicklung, die die IHK aktiv im Interesse der Unternehmen und Auszubildenden unterstützten. Die Gespräche seien jedoch zäh und durch Besitzstandswahrung geprägt. Der Landkreis Darmstadt-Dieburg schreibe seinen Plan fort, um seinen einzigen Berufsschulstandort im Landkreis zu erhalten. Ein gemeinsamer Vertrag mit der Stadt Darmstadt wurde aufgekündigt mit der Folge, dass ab dem Schuljahr 2026/2027 alle Betriebe aus dem Altkreis Darmstadt (der formal zum Landkreis gehört), die bislang in Darmstadt beschult wurden, ihre Azubis zur Landrat-Gruber-Schule nach Dieburg senden müssten. Unternehmen hätten der IHK gegenüber bereits die Einstellung der Ausbildung in Aussicht gestellt, die sich durch die sinkende Ausbildungsattraktivität für Jugendliche und Ausfall in den Betrieben nicht mehr lohne. Die IHK versuche weiterhin aktiv die verschiedenen Interessen zusammen zu bringen, um die Ausbildung in der Region für Jugendliche und Unternehmen attraktiv zu erhalten.

Berufsorientierung:

Der Hessische Industrie- und Handelskammertag e. V. und die IHK Darmstadt könnten, so Robert Lippmann, einen Erfolg in der politischen Arbeit vorweisen. So sei es gelungen, dass die im September 2024 vorgenommene Kürzung von 25 %-Lehrerkontingenten in der Berufsorientierung wieder zurückgenommen worden sei.

IHK als Arbeitgeber:

Mit der Zertifizierung „berufundfamilie“ habe die IHK Darmstadt einen Beitrag zur Stärkung ihrer Arbeitgebermarke erreicht. Die Zertifizierung sei, informiert Robert Lippmann, für drei Jahre gültig.

IHK-Ausbildungskampagne:

Mit werbewirksamen Sonnenschildern habe man im Rahmen des Darmstädter Schlossgrabenfestes auf die Ausbildungskampagne der IHKs aufmerksam gemacht. Es seien durch Mitarbeitende der IHK rund 8.000 Visiere verteilt worden.

Sachverständigenwesen/Sachverständigentag

Robert Lippmann weist auf die Bedeutung des Sachverständigenwesens für die Wirtschaft hin. Es sei von zentraler Bedeutung für Rechtssicherheit in Deutschland – auch für Unternehmen. Angesichts sinkender Bestellmengen setze man sich aktiv für die Nachwuchsgewinnung ein und habe – gemeinsam mit der IHK Wiesbaden – einen Wettbewerb veranstaltet, der wiederholt werde. Er bittet die anwesenden Unternehmer, in ihren Betrieben und in ihrem Umfeld auf die Problematik aufmerksam zu machen und für das Sachverständigenwesen zu werben. Herr Lippmann informiert, dass die Vollversammlung mit weiteren Informationen angeschrieben werde.

Information: Robert Lippmann, Hauptgeschäftsführer, Telefon: 06151 871-1203, [E-Mail](#)

TOP 4 Geopolitische Lage: Konsequenzen für Unternehmen

Bericht: Martin Proba, Leiter Geschäftsbereich Unternehmen und Standort

Zunächst erinnert Matthias Martiné an den Besuch von Brigadegeneral Holger Radmann in der letzten Sitzung der Vollversammlung, bei dem der Bedarf nach weiteren Informationen deutlich geworden sei. Martin Proba habe sich des Themas, gemeinsam mit dem Hauptgeschäftsführer der IHK Hanau, angenommen und Handreichungen für Unternehmen in Hessen erarbeitet.

Martin Proba gibt eine Einschätzung zum Thema „Wirtschaft und Verteidigung“ und stellt die erarbeitete Checkliste für Unternehmen vor (die Liste ist dem Protokoll als Dokument beigefügt). Er verdeutlicht, dass es nicht ausschließlich um Verteidigungsfragen gehe. Insgesamt müssten sich Unternehmen krisenfester aufstellen. Auch dafür habe man die Checkliste entwickelt.

Wie kann ich mit meinem Unternehmen reagieren?

Wirtschaft und Gesamtverteidigung: Checkliste der IHK Darmstadt für Betriebe

- Resilienz des Unternehmens erhöhen
- Kompetenzen für Notfälle kennen
- Eigenen Beitrag zur Verteidigungsfähigkeit Deutschlands klären
- Möglicher Beitrag des Unternehmens im Krisenfall



25

Außerdem berichtet er über mögliche Beiträge von Unternehmen im Krisenfall zur Unterstützung der Bundeswehr. Deutschland sei im Ernstfall das Transitland für 800.000 Soldaten und müsse für entsprechende Infrastruktur sorgen. Auch dafür habe die IHK einen Fragebogen entwickelt, der an Unternehmen verschickt und später in einer Datenbank münden solle (auch der Fragebogen ist dem Protokoll als Dokument beigefügt). Martin Proba erläutert, dass die IHK keine Firmeninformationen ohne Rücksprache und Zustimmung an die Bundeswehr weitergeben werde.

Er dankt Vollversammlungsmittglied Adrian Hawlitschek, mit dessen Hilfe es gelungen sei, ein IT-Unternehmen zu finden, dass die hohen Sicherheitsstandards, die in diesem Fall nötig seien, gewährleistet.

Ziel sei es, eventuelle spätere Anfragen schnell beantworten und die jeweiligen Ansprechpartner vernetzen zu können.

Möglicher Beitrag von Unternehmen im Krisenfall

Geostrategisch hat sich Deutschland vom Frontstaat zum Durchmarschgebiet entwickelt, dies bedeutet:

- Im Spannungsfall verlegen NATO-Truppen an die Ostflanke
- Dies muss logistisch begleitet / betreut werden: Convoy Support Center (CSC)
- Dazu erfasst die IHK in einer Datenbank den möglichen Beitrag von Unternehmen für CSCs

Krisenbedarf NACE

Die sicherheitspolitische Lage in Deutschland hat sich seit der deutschen Wiedervereinigung verändert. Bis dahin trafen in Deutschland der Warschauer Pakt und die NATO aufeinander. Mittlerweile ist Deutschland nicht mehr „Frontstaat“, denn die Ostgrenze der NATO ist rund 1000 Kilometer weit entfernt. Bei Spannungen an der Ostgrenze würde die NATO dort Truppen konzentrieren. Deutschland würde in diesem Fall Transitland für diese Truppenbewegungen. Hierzu braucht es eine entsprechende Infrastruktur, um dies effizient abzuwickeln. Wir gehen davon aus, dass die Industrie- und Handelskammern um Unterstützung geboten werden und wollen hierfür vorbereitet sein. Deshalb bauen wir jetzt eine Datenbank auf, in der wir Betriebe mit ihren Fähigkeiten und Kapazitäten erfassen, um Anfragen seitens der Streitkräfte kanalisieren und bedienen zu können. Deshalb bitten wir Sie, uns die nachfolgenden Fragen zu beantworten, wenn Sie sich mit Ihrem Unternehmen beteiligen möchten.

49.4 Güterbeförderung im Straßenverkehr, Umzugstransporte, 52.29.1 Spedition

Wir haben folgende Kapazitäten

- Zugmaschinen (2x7 m Wechselladungsfahrzeuge)
- Auflieger
 - konventionell (Plane Spiegel / Koffer)
 - Thermo
- LKW, Nutzfahrzeuge
 - kleiner 7,5 t
 - 7,5 t
 - 20 t
 - 40 t

Für Bestellungen benötigen einen Vorlauf von ____ Tagen.

Die Zeit von Bestellanfrage bis zum Lieferzeitpunkt beträgt in der Regel ____ Tage.

26

Robert Lippmann berichtet im Anschluss, dass die IHK Darmstadt mit dem Landeskommmando Hessen eine Partnerschaft eingehen werde, die Unternehmen und Institutionen offenstehe.

Kern dieser – vom IHK-Präsidium beschlossenen – Partnerschaft sei die Bereitschaft, Mitarbeitenden den Reservedienst und weiteren interessierten Personen ein Engagement im Rahmen des Heimatschutzes zu ermöglichen.

Im **Krisenfall**, also etwa bei Naturkatastrophen, besonders schweren Unglücksfällen oder globalen medizinischen Notfällen/Pandemien, könnten diese Freiwilligen eingesetzt werden.

Im Falle der **Bündnisverteidigung** sei die Aufgabe der Schutz kritischer Infrastruktur und die Sicherung der Marsch- und Transportwege. Letzterem komme gerade in Hessen eine große Bedeutung zu, da durch unser Bundesland viele Transport- und Versorgungswege führten, die für die Bundeswehr und die Streitkräfte verbündeter Nationen wichtig seien.

Im Rahmen einer **rechtsunverbindlichen Erklärung** verpflichtete sich die IHK zur

- Freistellung freiwillig übender Reservisten im Rahmen der Möglichkeiten des Arbeitsplatzes und operativen Anforderungen für bis zu 14 Tage im Jahr (Grundsatz der Freiwilligkeit, Gehalt sowie Kranken- und Sozialversicherungsbeiträge werden bis zu einer Höchstgrenze durch die Bundeswehr übernommen),
- öffentlichen Benennung als Partner mit Logo,
- Unterstützung durch Regionalbeauftragte in der Vermittlung des Reservedienstes durch das Landeskommmando Hessen und zur
- Teilnahme an einem strukturierten Sicherheitsdialog in Hessen im Rahmen der eigenen Möglichkeiten.



Mehrere IHKs in Hessen seien bereits eine Partnerschaft mit der Bundeswehr eingegangen oder planten dies. Robert Lippmann sieht dies als Signal für die Gesellschaft und nach innen.

Information – auch für das Thema Partnerschaft mit dem Landeskommando: Martin Proba, Leiter Geschäftsbereich Unternehmen und Standort, Telefon: 06151 871-1234, [E-Mail](#)

TOP 5 Finanzen

Bericht: Matthias Bürk

Bevor Matthias Bürk mit der Berichterstattung zum Jahresabschluss beginnt, nimmt er noch Bezug zum vorangegangenen TOP. Er bewertet die Befassung mit dem Themenkomplex als wichtig. Auch Merck und HessenChemie unterstützten die Partnerschaft mit der Bundeswehr. Es sei wichtig vorzusorgen, damit die beschriebenen Szenarien am Ende nicht einträfen.

Matthias Bürk stellt dann als Vorsitzender des Etatausschusses den Jahresabschluss vor. Eine ausführliche Beschlussvorlage dazu ging der Vollversammlung im Vorfeld der Sitzung zu. Ein virtueller Informationstermin wurde zusätzlich am 11.06.2025 angeboten.

Da die ehrenamtlichen Rechnungsprüfer, Sabine Heil und Uwe Schellhaas, an der Sitzung der Vollversammlung nicht teilnehmen können, ergänzt Matthias Bürk auch in Vertretung den Bericht der Rechnungsprüfung:

Der vorliegende Jahresabschluss zum 31.12.2024 wurde durch die amtlich eingesetzte Rechnungsprüfungsstelle der IHKs im November 2024 einer Vorprüfung und im März 2025 der Hauptprüfung unterzogen.

Am 20.05.2025 fand die Beratung des Jahresabschlusses 2024 mit der Rechnungsprüfungsstelle unter Beteiligung des Präsidenten Matthias Martiné, des Etatausschussvorsitzenden Matthias Bürk und des Hauptgeschäftsführers Robert Lippmann im Rahmen einer Schlussbesprechung statt.

Nachfolgend die wesentlichen Erläuterungen zum Jahresabschluss per 31.12.2024:

Bilanz 2024

Das Bilanzvolumen der IHK Darmstadt hat sich gegenüber dem Vorjahr um 4 Mio. € erhöht und beträgt damit rund 46,62 Mio. €.

Das Anlagevermögen war geprägt durch die Reduzierungen des immateriellen sowie Sachanlagevermögens (minus 286 T€) und der Veränderungen in den Finanzanlagen (plus 65 T€). Die Wertpapiere des Anlagevermögens haben sich erhöht (plus 939 T€), die Beteiligung am Innovationsfonds wurde zum 31.12.2024 aufgelöst und abgewickelt (sonstige Ausleihungen, minus 874 T€).



Im Umlaufvermögen erhöhten sich die unfertigen Leistungen (plus 145 T€) sowie die Rechnungsabgrenzungsposten (plus 138 T€). Die sonstigen Vermögensgegenstände erhöhten sich auf 900 T€. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Forderungen gegenüber der Hessen Kapital I GmbH aus der Auflösung und Abwicklung des Innovationsfonds (691 T€) und um Forderungen der Perform GbR, die ab 2024 im Rechnungseingang kreditorisch als Guthaben erfasst werden und dann über eine Umgliederung (Passiv-Aktivtausch) als debitorischer Kreditor unter der Bilanzposition "sonstige Vermögensgegenstände" ausgewiesen werden.

Die Forderungen aus Beiträgen, Gebühren, Entgelten und sonstigen Lieferungen und Leistungen verringerten sich (minus 621 T€). Die flüssigen Mittel erhöhten sich um rund 3,65 Mio. €.

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten hat sich ggü. dem Vorjahr um 138 T€ erhöht und enthält insbesondere Zahlungen an die IHK DIGITAL GmbH zur Vorfinanzierung von "Neuleistungen". Die Auflösung erfolgt ab Bereitstellung/Nutzungsbeginn des IT-Services.

Das Eigenkapital der IHK beinhaltet das Sonstige Eigenkapital und das Ergebnis.

Das zum Stichtag ausgewiesene sonstige Eigenkapital ergibt sich als Unterschiedsbetrag aus dem Vermögen abzüglich der Summe Ergebnis, Sonderposten, Rückstellungen, Verbindlichkeiten und passiven Rechnungsabgrenzungsposten und erhöht sich, vorbehaltlich des Beschlusses der Vollversammlung, um 566 T€. Das verbleibende Ergebnis beträgt 4.461 T€ und wird als Ergebnisvortrag in 2025 vorgetragen.

Die Rückstellungen haben sich ggü. 2023 von 13.924 T€ auf 13.011 T€ reduziert.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen reduzierten sich gemäß versicherungsmathematischem Gutachten um 769 T€, die sonstigen Rückstellungen reduzierten sich um 145 T€.

Das Finanz- und Geldanlagevermögen und dessen Zweckbestimmung stellt sich zum 31.12.2024 wie folgt dar (Anlage 1.6.2):

Komprimierte Vermögensdarstellung		€
A I.	Immaterielle Vermögensgegenstände	26.948,00
II.	Sachanlagevermögen	10.187.967,56
III.	1 - 4. Verbundene Unternehmen, Beteiligungen	195.189,15
6.	Sonstige Ausleihungen	0,00
		10.410.104,71
	Finanz- und Geldvermögen	36.214.781,85
		46.624.886,56

Finanz- und Geldvermögen		Vermögen €	Zweck €
Zusammensetzung			
A III.	5. Wertpapiere des Anlagevermögens	13.562.341,42	
	6. Sonstige Ausleihungen und Rückdeckungsansprüche	0,00	
	davon: Sonstige Ausleihungen	0,00	0,00
B I.	Vorräte	1.456.482,44	
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	4.157.951,60	
III.	Wertpapiere	0,00	
IV.	Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	16.268.635,43	
C	Rechnungsabgrenzungsposten	769.370,96	
		36.214.781,85	
Verwendung			
	Risikovorsorge		3.378.700,00
	Bauvorsorge		12.920.000,00
	Pensionsverpflichtungen		11.447.146,76
	Zwischensumme - geplante Vorsorge		27.745.846,76
	Steuerrückstellungen, Sonstige Rückstellungen		1.563.561,44
	Kurzfristige Verbindlichkeiten		1.019.743,24
	passive Rechnungsabgrenzungsposten		1.423.853,92
	Ergebnis (noch nicht festgestellt bzw. verwendet)		4.461.776,49
			36.214.781,85

Risikovorsorge:

Risikoanalyse und -bewertung, die im Wesentlichen die Risiken aus Erträgen aus Beiträgen, Gebühren und Entgelten, der IT enthält. Das für das Jahr 2024 errechnete Gesamtrisiko beläuft sich auf 3.379 T€. Dabei wurde ein Konfidenzintervall von 95 % zugrunde gelegt.

Bau:

Weiterentwicklung der IHK Darmstadt am Standort Rheinstraße 89

Pensionsverpflichtungen:

Deckung von Ansprüchen aus Pensionszusagen.

Gewinn- und Verlustrechnung

I. Erträge

Die Betriebserträge lagen insgesamt um 1.542 T€ über den Planwerten.

Betriebserträge in T€	2023	2024		
	IST	Plan	Ist	Abweichung Ist zu Plan
Insgesamt	22.859	23.340	24.882	1.542

1. Erträge aus IHK-Beiträgen

Der überwiegende Teil des Finanzbedarfs der IHK Darmstadt wird durch Beiträge gedeckt. Die Veranlagung zu den Beiträgen erfolgt bei allen Gewerbetreibenden, die im Bezirk der IHK Darmstadt eine gewerbliche Niederlassung oder eine Betriebs-stätte unterhalten und eine gewerbsteuerpflichtige Tätigkeit ausüben.

Die Beiträge setzen sich zusammen aus Grundbeiträgen und Umlagen. Die Grund-beiträge sind nach der Leistungskraft gestaffelt. Die Bemessungsgrundlage für die Umlage ist der Gewerbeertrag bzw. der Gewinn aus Gewerbebetrieb des laufenden Geschäftsjahres. Die IHK Darmstadt wendet die Gegenwartsveranlagung an, die dem Verfahren der Gewerbesteuer entspricht. Für das laufende Geschäftsjahr wird eine Vorauszahlung nach dem zuletzt bekannten Gewerbeertrag bzw. dem Gewinn aus Gewerbebetrieb erhoben. Die endgültige Abrechnung erfolgt erst, wenn der IHK Darmstadt die endgültige Bemessungsgrundlage bekannt gegeben wird. Die Erträge aus Beiträgen werden deshalb nach den Veranlagungen des laufenden Jahres (vorläufig) und den Veranlagungen aus Vorjahren (endgültig) unterschieden.

Die Grundbeiträge bleiben für das Geschäftsjahr 2024 im Vergleich zum Vorjahr unverändert. Ebenso der Umlagesatz mit 0,20 %.

Die Mehreinnahmen sind im Wesentlichen auf zwei höhere Abrechnungen aus den Vorjahren zurückzuführen.

Erträge aus Beiträgen in T€	2023	2024		
	IST	Plan	Ist	Abweichung Ist zu Plan
Insgesamt	15.339,0	15.980,0	17.134,4	1.154,4

2. Erträge aus Gebühren

Die Gebühren der Berufsbildung korrespondieren mit dem Konto Bestands-veränderungen an unfertigen Erzeugnissen (145 T€). Kumuliert ergaben sich Mindereinnahmen von ca. 138 T€. Die Gebühren der Weiterbildung (Fort- und Ausbildereignungsprüfungen) fielen um 116 T€ höher aus. Die sonstigen Gebühren (Mahngebühren, Sachkundeprüfungen, Ursprungszeugnisse, Bescheinigungen, Zeitschriften, Sachverständigenbestellung u. a.) lagen 90 T€ über dem Plan.

Erträge aus Gebühren in T€	2023	2024		
	IST	Plan	Ist	Abweichung Ist zu Plan
Insgesamt	3.833,4	4.079,3	4.163,4	66,1

3. Erträge aus Entgelten

Die Position mit insgesamt 2.474,5 T€ (Vorjahr: 2.145 T€) enthält alle kostenpflichtigen Serviceleistungen der IHK.

Erträge aus Entgelten in T€	2023	2024		
	IST	Plan	Ist	Abweichung Ist zu Plan
Insgesamt	2.145	2.411,3	2.474,5	63,2

4. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Leistungen

Zum 31.12.2024 ergibt sich aus der Ausbildungsbetreuungsgebühr eine Bestands-erhöhung aus unfertigen Leistungen von 145 T€ (Vorjahr Bestandserhöhung: 314 T€).

5. Sonstige betriebliche Erträge

Sonstige betriebliche Erträge in T€	2023	2024		
	IST	Plan	Ist	Abweichung Ist zu Plan
Insgesamt	1.228,6	708,5	1.191,4	482,9

II. Aufwand

Der Betriebsaufwand lag 243 T€ niedriger als geplant.

Betriebsaufwand in T€	2023	2024		
	IST	Plan	Ist	Abweichung Ist zu Plan
Insgesamt	-20.629,4	-21.234,2	-20.990,9	243,3

1. Materialaufwand

Der Materialaufwand ist als der Aufwand definiert, der unmittelbar mit der betrieblichen Leistungserstellung in Zusammenhang steht. Für die IHK als Dienstleister der Wirtschaft sind unter betrieblicher Leistungserstellung alle nach außen gerichteten Leistungen und Produkte zu sehen, unabhängig davon, ob eine Gebühr oder ein Entgelt erhoben wird. Für die Verbuchung des Aufwandes ist die Art der Leistung (Interessenvertretung, hoheitliche Aufgaben, Service) unerheblich. Demzufolge sind bei diesem Posten die Aufwendungen für die Aus- und Weiterbildung, die Sach- und Fachkunde sowie die Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen einschließlich Messen abgerechnet.

Zu den Positionen gehören u. a. Raummieten, Referentenhonorare, Prüferentschädigungen sowie die Kosten für die Erstellung des Mitgliedermagazins „Wirtschafts-dialoge“ und des Jahresberichts.

Materialaufwand in T€	2023	2024		
	IST	Plan	Ist	Abweichung Ist zu Plan
Insgesamt	-2.519,4	-2.644,0	-2.585,5	58,5

2. Personalaufwand

Der Personalaufwand fällt 262 T€ geringer als geplant aus.

Personalaufwand in T€	2023	2024		
	IST	Plan	Ist	Abweichung Ist zu Plan
Insgesamt	-10.696,3	-10.577,2	-10.315,7	261,5
Gehälter*	-8.226,8	-8.312,8	-8.384,8	-72,0
davon: Gehälter aus unbefristeten und befristeten Arbeitsverhältnissen	-8.140,0	-8.203,8	-8.282,7	-78,9
davon: Ausbildungsvergütungen	-86,8	-109,0	-102,1	6,9
Sozialabgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung	-2.469,6	-2.264,4	-1.930,9	333,5

*einschl. Aushilfen, Veränderungen der Pensionsrückstellungen, VwL-Leistungen

Die Planungsgrundlage ist die ganzjährige Erbringung der Arbeitsleistung und vollständige Besetzung der Planstellen. Die Vergütung der Mitarbeitenden richtet sich nach einer Vereinbarung zur leistungsorientierten Vergütung im Rahmen eines Zielvereinbarungs- und Beurteilungssystems.

Ferner werden die Mitarbeitenden fünf Tätigkeitsgruppen zugeordnet, für die Gehalts-bänder auf Basis der Monatsbruttovergütung definiert sind und innerhalb derer sich die Grundvergütungen der Zugehörigen einer Tätigkeitsgruppe bewegen.

Der Aufwand für Gehälter liegt 72 T€ über Plan. Die Tariferhöhung lag mit 5,5 % ein Prozent über dem Plan (4,5 %).

Der Minderaufwand bei den Sozialabgaben und Aufwendungen für die Alters-versorgung beziehen sich auf die Veränderungen der Rückstellungen für Pensionen gemäß versicherungsmathematischem Gutachten.

3. Abschreibungen

Die Abschreibungen erfolgen grundsätzlich linear. Sie basieren auf der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer.

Abschreibungen auf materielle und immaterielle Vermögensgegenstände in T€	2023	2024		
	IST	Plan	Ist	Abweichung Ist zu Plan
Insgesamt	-326,6	-337,6	327,6	10,0
davon: auf Gebäude und Gebäudeeinrichtungen	-153,7	-154,0	-153,7	0,3
davon: auf sonstige Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	-172,9	-183,6	-173,9	9,7

4. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die wesentlichen Posten des Betriebsaufwands betreffen die Aufwendungen für Fremdleistungen, Mieten und Aufwand für Grundstücke, Gebäude- und Geschäftsausstattungen.

Sonstiger betrieblicher Aufwand in T€	2023	2024		
	IST	Plan	Ist	Abweichung Ist zu Plan
Insgesamt	-7.087,0	-7.676,4	-7.762,1	-86,7
davon: sonstiger Personalaufwand	-183,6	-328,9	-211,6	117,3
davon: Mieten, Pachten, Leasing, Lizenzen	-718,9	-751,4	-691,2	60,2
davon: Aufwand für Fremdleistungen*, einschl. Kosten des Geldverkehrs	-2.415,3	-2.417,8	-2.908,4	-490,6
davon: Rechts- und Beratungskosten	-146,9	-179,0	-162,0	17,0
davon: Bürobedarf, Literatur, TK	-564,4	-598,3	-699,6	-101,3
davon: Marketing und Öffentlichkeitsarbeit, Bewirtung und Repräsentation	-593,3	-653,1	-463,8	189,2
davon: Aufwand DIHK	-566,6	-671,5	-617,8	53,7
davon: Aufwand für Grundstücke, Gebäude- und Geschäftsausstattung	-531,9	-591,6	-529,9	61,7
davon: Anderer sonstiger betrieblicher Aufwand	-1.366,0	-1.483,8	-1.477,7	6,1

* Vor allem Dienstleistungen und outgesourcte Dienstleistungen

5. Finanzergebnis

Das positive Finanzergebnis beruht im Wesentlichen aus dem Verkauf von Finanzanlagen und der guten Zinsentwicklung. Diese wurden mit den Verlusten von Finanzanlagen und der Aufzinsung der Pensionsverpflichtungen gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB verrechnet.

6. Investitionen

Die Investitionen sind gegenüber dem Plan um 942 T€ höher ausgefallen. Die Investitionen, die eines separaten Beschlusses der Vollversammlung bedürfen, liegen jedoch mit 42 T€ unterhalb der im November 2023 beschlossenen Gesamtinvestitionen von 66 T€.

Auszahlungen für Investitionen (in TEUR)	Plan 2024	IST 2024	Δ Ist zu Plan	FC 2024
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	60	42	-18	67
Grundstücke und Gebäude	0	0	0	0
> pauschal veranschlagt	0	0	0	0
Technische Anlagen	17	0	-17	18
> pauschal veranschlagt	17	0	-17	18
Betriebs- und Geschäftsausstattung	43	42	-1	49
> pauschal veranschlagt	43	42	-1	49
Auszahlungen für Investitionen des immateriellen Anlagevermögens	6	0	-6	5
> pauschal veranschlagt	6	0	-6	5
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	966	966	0
> pauschal veranschlagt: lfd. Innovationsfonds	0	17	17	0
> pauschal veranschlagt lfd. Invest Wertpapiere	0	949	949	0
Cashflow aus der Investitionstätigkeit¹⁾	66	1.008	-942	72

Beschluss
30.11.2023

nachrichtlich

¹⁾ Erlöse, die verrechnet, aber nicht ausgezahlt werden

²⁾ keine Planung /Deckung gem. Vermerk in Wirtschaftssatzung: Erträge aus den Finanzanlagen können bis zu ihrer tatsächlichen Höhe im Geschäftsjahr wieder in dieser Anlageform/-art angelegt werden.

Jahresergebnis und Veränderung Sonstiges Eigenkapital

Das Jahresergebnis von 5,03 Mio. € führt, vorbehaltlich der Zustimmung der Vollversammlung, zu einer Zunahme des Sonstigen Eigenkapitals um 566 T€. Das verbleibende Ergebnis von 4.461.776,49 € wird als Ergebnisvortrag in 2025 vorgetragen.

I. Ergebnisverwendung

Gemäß Finanzstatut ist die Ergebnisverwendung von der Vollversammlung zu beschließen.

Es wird empfohlen, das Ergebnis von 4.461.776,49 € in das Wirtschaftsjahr 2025 vorzutragen. Der Teil des im nachrichtlichen Forecast prognostizierten positiven Ergebnisses (2,68 Mio. €) wurde im Wirtschaftsplan 2025 bereits berücksichtigt. Auf dieser Grundlage wird für das Jahr 2025 ein einmaliger Beitragsrabatt in Höhe von 20 % gewährt.

Über eine mögliche Verwendung des verbleibenden positiven Ergebnisses – etwa für künftige Bauvorhaben oder zusätzliche Beitragsrabatte – werden sich der Etatausschuss und das Präsidium im Verlauf des Jahres 2025 beraten und eine entsprechende Empfehlung aussprechen. Die abschließende Entscheidung über die konkrete weitere Ergebnisverwendung trifft die Vollversammlung im Rahmen der Aufstellung des Wirtschaftsplans für das Jahr 2026.

Bericht der Rechnungsprüfer

Der IHK Darmstadt wird ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt.

Das Prüfungsergebnis lautet auszugsweise:

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- *entspricht der beigefügte Jahresabschluss nebst Anhang in allen wesentlichen Belangen den Regelungen des Finanzstatuts, den Richtlinien zur Ausführung des Finanzstatuts und den übrigen für die IHK geltenden wesentlichen Rechtsvorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der IHK zum 31.12.2024 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2024.*
- *vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der IHK. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss nebst Anhang, entspricht den Regelungen des Finanzstatuts sowie den Richtlinien zur Ausführung des Finanzstatuts und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.*
- *ist der Wirtschaftsplan in allen wesentlichen Belangen ordnungsgemäß aufgestellt und vollzogen worden. Die IHK hat die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit bei der Aufstellung des Wirtschaftsplanes beachtet und die ihr im Rahmen der Plan-Gewinn- und Verlustrechnung und des Finanzplanes zur Verfügung stehenden Mittel nach diesen Grundsätzen verwendet.*

Sinngemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses nebst Anhang und des Lageberichtes geführt hat.

Darüber hinaus sind nach den Bestimmungen des Finanz-statuts und den Richtlinien zur Ausführung des Finanzstatuts sowie den Grundsätzen des öffentlichen Haushaltsrechts und den übrigen für die IHK geltenden wesentlichen Rechtsvorschriften keine Einwendungen zu erheben.

Auch die durchgeführten Kassenprüfungen sowie die sachlichen Prüfungen durch unsere ehrenamtlich eingesetzten Rechnungsprüfer, Sabine Heil und Uwe Schellhaas, bestätigen das positive Prüfungsergebnis.

Beschluss der Vollversammlung am 17. Juni 2025

1. Das Jahresergebnis von 5.027.465,95 € wird festgestellt. Das sonstige Eigenkapital wird um 565.689,46 € erhöht. Das verbleibende Ergebnis von 4.461.776,49 € wird als Ergebnisvortrag in 2025 vorgetragen.
2. Die Vollversammlung nimmt den Jahresabschluss zustimmend zur Kenntnis und stellt den Jahresabschluss zum 31.12.2024, den Anhang zum Jahresabschluss, den Lagebericht sowie die Vorsorgen gemäß Anlage 1.6.2 Finanz- und Geldvermögen in den vorliegenden Fassungen fest.



3. Die Vollversammlung erteilt Präsidium und Hauptgeschäftsführer für das Wirtschaftsjahr 2024 Entlastung.

Matthias Bürk dankt den Mitgliedern des Etatausschusses, den ehrenamtlichen Rechnungsprüfern sowie dem Team Finanzen der IHK Darmstadt für ihre Arbeit.

Information: Sonja Isenbiel, Teamleiterin Finanzen, Telefon: 06151 871-1231, [E-Mail](#)

TOP 6 *Positionierung zur regionalen Rohstoffversorgung*

Bericht: Dr. Daniel Theobald, Leiter Geschäftsbereich Unternehmen und Standort

Mit einem Zitat der Ökonomin Maja Göbel: „Wertschöpfungsketten bestimmen unser Wohlstandsangebot – daher sollten wir nicht nur auf das finale Produkt gucken, sondern auf den Weg dorthin“, verdeutlicht Dr. Daniel Theobald die Bedeutung regionaler Rohstoffversorgung und den Zusammenhang zu gesichertem Wohlstand. Rohstoffversorgung sei immer auch im Zentrum machtpolitischer Interessen und gleichzeitig relevant für alle Unternehmen.

Es stelle sich die Frage, was wir besser machen könnten, um Abhängigkeiten zu reduzieren und Wertschöpfungsketten zu stärken. Auch gelte es, den Ressourcenverbrauch insgesamt zu senken bzw. Ressourcen effizienter einzusetzen. Dr. Daniel Theobald weist in diesem Zusammenhang auch auf die Bedeutung der Ziele der EU und Deutschlands in der Kreislaufwirtschaft hin, die keinen schlechten Rahmen bildeten. Man habe Gestaltungsspielräume, die in dem vorgelegten Positionspapier der IHK Metropolregion Rhein Neckar mündeten:

1. Wir positionieren uns gemeinsam zum Thema Rohstoffversorgung über die Landesgrenzen hinweg aus Sicht der Wirtschaft.
2. Mit einem mehrjährigen Programm diskutieren wir die einzelnen Positionen des zum Beschluss vorliegenden Positionspapiers vor Ort bei Unternehmen, die aktiv zur Rohstoffversorgung beitragen. Gemeinsam mit Politik und Gesellschaft leisten wir damit einen Beitrag für mehr Transparenz und Akzeptanz für diese Betriebe.
3. Über eine gemeinsame Landingpage zur regionalen Rohstoffsicherung informieren wir transparent zum Thema. Wir sichern die Ergebnisse aus den Veranstaltungen, berichten über Vorzeigebispiele und halten kritische Punkte aus den Diskussionen nach.

(Anmerkung: Die IHK Metropolregion Rhein-Neckar ist eine Kooperationsmarke der IHKs Darmstadt, Pfalz, Rhein-Neckar und Rheinhessen mit mehr als 160.000 Unternehmen in einem der wichtigsten Ballungsräume Deutschlands. Die IHKs sprechen mit einer Stimme für die gewerbliche Wirtschaft, um die Region zu stärken und die Qualität der Wirtschaftsstandorte in der gesamten Region zu verbessern.)

Herr Dr. Theobald macht auch auf die Schwierigkeiten rund um Rohstoffabbau aufmerksam:

- lange Genehmigungsphasen bei der Erweiterung von Abbaugebieten
- stärkere Annäherung von Abbau- und Wohngebieten
- Notwendigkeit von starken, langfristig aufgebauten Partnerschaften zwischen verschiedenen Interessengruppen (z. B. Umweltverbänden)

- Zukunftsszenarien von Abbaugebieten, z. B. als Naturschutzgebiete

Man versuche nun, gemeinsam mit den Rhein-Neckar-Kammern in verschiedenen Veranstaltungsformaten das Thema mit vielen Facetten erlebbar zu machen und die Erfahrungen in Hintergrundgesprächen zu thematisieren. Man habe mit diesem Vorgehen bereits gute Erfahrungen bei der Erschließung neuer Gewerbeflächen gemacht. Später sollten die Ergebnisse auf einer Landingpage veröffentlicht werden. Den Auftakt mache man mit einer Veranstaltung am 24.09.2025 bei Krieger in Neckarsteinach, einer Unternehmensgruppe für den Abbau von Naturstein und Kies.

Beschluss der Vollversammlung am 17. Juni 2025

Die Vollversammlung beschließt das Positionspapier „Rohstoffe: regional sichern, abbauen und nutzen“ und nimmt das dreistufige, gemeinsame Programm der IHK Metropolregion Rhein Neckar zur Kenntnis.

TOP 7 *Selbstverwaltung der Wirtschaft*

TOP 7 *a) Wahl des Präsidenten der IHK Darmstadt*

Wahlleitung: Matthias Martiné

Herr Martiné übernimmt gemäß § 8 Abs. 3 der Geschäftsordnung der IHK Darmstadt die Wahlleitung für TOP 7a und weist die wahlberechtigten Vollversammlungsmitglieder auf die Bedeutung ihres Eintrages in der Anwesenheitsliste für eine mögliche Kontrolle beim Auszählen der Stimmzettel hin. Alle Anwesenden sind in der Anmelde-Liste eingetragen.

Herr Martiné weist auf die fristgerechte Einladung zur Sitzung am 20.05.2025 und am 02.06.2025 und der bereits in der Tagesordnung bekannt gegebenen Aufforderung hin, mögliche Wahlvorschläge bis 09.06.2025 einzureichen. Am 10.06.2025, so Herr Martiné, wurde die Vollversammlung über den eingegangenen Wahlvorschlag informiert.

Bis zum Fristablauf am 09.06.2025, 24 Uhr, ist noch ein weiterer Wahlvorschlag eingegangen. Die vorgeschlagene Person steht für das Amt jedoch nicht zur Verfügung.

Es kandidiert:

Christian Jöst, Geschäftsführer JÖST Abrasives GmbH, Wald-Michelbach, amtierender Vizepräsident der IHK Darmstadt

Herr Jöst stellt sich persönlich vor.

Christian Jöst, Geschäftsführer Jöst abrasives GmbH

- familiengeführtes Industrieunternehmen im Odenwald für Schleifprodukte
- Vizepräsident seit 2019; Vorsitzender Ausschuss für Industrie, Forschung, Innovation
- Sustainable Finance Beirat der Bundesregierung
- Strahlemannstiftung, ...

56

Ergebnis der Wahl am 17. Juni 2025

Christian Jöst wird einstimmig gewählt und nimmt die Wahl an.